

EUROPAS LIBERALE CHANCE IN DEN ZEITBÖGEN DES 20. JAHRHUNDERTS

Anselm Doering-Manteuffel

Universität Tübingen



ABSTRACT

EUROPE'S LIBERAL POTENTIAL OVER THE SPAN OF THE 20TH CENTURY

The article presents a model for interpreting European history in the 20th century. On the one hand, it addresses the question of the “liberal chances” experienced by European states and societies from 1900 onward. On the other hand, it questions how to divide this period into epochs on the basis of identifiably different forms of liberal order. It argues that three conflicts structure the history of this century: World War I, World War II, and the Cold War. In each of these conflicts, powers with liberal state systems and economies (Great Britain, USA, and to some extent France) stood in opposition to hostile powers representing other ideologies. Initially, the “enemy” represented models of authoritarian rule with corporative economies (Germany and Austro-Hungary until 1914), then later fascist systems (Germany and Italy), and finally, post-1945, states ruled by the tenets of Bolshevism (the Soviet Union and its East/Central European satellites). In each of these conflicts, the “liberal West” emerged triumphant; with each victory, however, western liberalism itself changed. The century can be divided into three “epochs” in which the struggle to establish social order was shaped by different notions of liberalism and anti-liberalism. The history of Poland after 1945, and particularly since 1980, will be analyzed using this interpretative framework for the 20th century.

Key words: Liberal Order and Its Counter-forces in the Course of the 20th Century, 1918, 1945, 1989/90 as Breaks in European Political History, Three “epochs” Arching over These Breaks, “Epochs” of Different Social Order

Słowa kluczowe: ład liberalny i siły mu przeciwne w ciągu XX wieku, 1918, 1945, 1989/90 jako daty przełomowe w politycznej historii Europy, trzy „epoki” współtworzące daty przełomowe, „epoki” różnego ładu społecznego

Es scheint ein Widerspruch zu sein, mit dem Blick auf das 20. Jahrhundert – mit dem Blick auf die beiden Weltkriege, die autoritären Regierungsformen seit etwa 1930 und die Diktaturen im sowjetisch beherrschten Block nach 1945 – von einer „liberalen Chance“ zu sprechen. Was berechtigt den Historiker dazu, die Zeit des Fa-

schismus und Nationalsozialismus und schließlich die kommunistische Dominanz in Mittel- und Osteuropa in einen Bezug zu stellen zur Geschichte des Liberalismus im 20. Jahrhundert? Ist es überhaupt zutreffend, beim Blick auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts von einer „liberalen Chance“ zu sprechen? Ist es möglich, aus einer solchen Perspektive die Geschichte Polens im europäischen Kontext einigermaßen angemessen zu erfassen?

Diese Fragen lassen sich kaum in einem kurzen Beitrag eingehend beantworten, aber es bietet sich an, einige Thesen zur Geschichte Europas und zur Entwicklung Deutschlands seit 1890/1900 bis zur Gegenwart zu formulieren, die erkennen lassen, wo und inwieweit die Parallelen zwischen der deutschen und polnischen Entwicklung verliefen. Nach meiner Auffassung sind die Geschichte der „alten“ Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen seit den Tagen der Entspannungspolitik, seit dem Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit der Schlussakte von Helsinki 1975, recht eng verzahnt und aufeinander bezogen. Heute ist Polen Deutschlands wichtigster Nachbar im Osten. Die Beziehungen sind nicht einfach, aber sie haben sich vor dem Hintergrund der bitteren bilateralen Geschichte mindestens seit 1914 besser entwickelt als man 1990/1991 hoffen konnte.

Auf den folgenden Seiten soll zunächst Europa insgesamt ins Blickfeld gerückt werden, wenngleich aus einer deutschen Perspektive. Sie ist für mich als Historiker der deutschen Geschichte wichtig, um das spannungsreiche Ringen für oder gegen eine liberale Ordnung der Gesellschaft, der Wirtschaft und des politischen Systems zwischen 1914 und 1990/2000 beschreiben zu können. (I.) Daran anschließend möchte ich versuchen, die im Titel des Beitrags genannten „Zeitbögen“ vor dem Hintergrund dieses Ringens um die „liberale Chance“ zu erklären. Die „Zeitbögen“ überwölben Zeitspannen von jeweils mehreren Jahrzehnten. Sie überschneiden sich oder liegen zeitlich mehrfach parallel, aber sie erweisen sich als je eigenständige historische Abschnitte, weil sie jeweils von unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen in der Gesellschaft gekennzeichnet waren. Diese aber beeinflussten das Handeln in Politik, Wirtschaft und Kultur maßgeblich. So war der *erste Zeitbogen*, der etwa von 1890/1900 bis 1930 reicht, von einem Denken geprägt, das sich immer stärker von liberalen Ideen abkehrte und sich spätestens seit 1914/1918 ganz dezidiert gegen den Liberalismus richtete. Der *zweite Zeitbogen* spannt sich von etwa 1930/1940 bis 1970/1975. Sein Kennzeichen waren soziale Ordnungsvorstellungen, in denen sowohl strikt antiliberales als auch entschieden liberales Denken Platz finden konnte. Das Merkmal dieses Zeitbogens besteht in der Rivalität, im Kampf dieser antagonistischen Ordnungsvorstellungen und im schließlichen Sieg des liberalen atlantischen Modells. Der *dritte Zeitbogen*, der um 1970 einsetzt und noch in unsere Gegenwart hineinreicht, war vom Durchbruch einer radikalen Freiheitsideologie in Wirtschaft und Gesellschaft durchdrungen. Diese Freiheitsideologie trug 1989/1990 mit zum Zusammenbruch der Volkswirtschaften der Ostblockländer bei. Sie ermöglichte die Ausweitung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union und führte letztlich, im Jahr 2008, aber auch zur Krise des globalen Finanzmarkts.

Am Ende des zweiten und Beginn des dritten Zeitbogens, zwischen 1970 und 1980, berührten sich die gesellschaftlichen Entwicklungen in Polen und der alten Bundesrepublik Deutschland erstmals deutlich. Ab 1990 mussten dann das vereinigte Gesamtdeutschland und Polen im neuen polit-ökonomischen System der Globalisierung und des Finanzmarktkapitalismus ihre Rolle finden und ihre bilateralen Beziehungen regeln.

Zuerst aber gilt der Blick dem historischen Verlauf. Wie vollzog sich in den Jahrzehnten vom 1914 bis 1990 das spannungsreiche Ringen um die Durchsetzung einer dezidiert nicht-liberalen Ordnung in Europa auf der einen Seite und einer prononciert liberalen Ordnung auf der anderen?

I.

Die Bedeutung des Ersten Weltkriegs für das 20. Jahrhundert kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. George Kennans Formulierung, der Krieg sei die *seminal catastrophe* des 20. Jahrhunderts gewesen, macht weit besser als die deutsche Formulierung *Urkatastrophe* deutlich, dass vom Weltkrieg katastrophale *Wirkungen* ausgingen, die das 20. Jahrhundert bis 1990 geprägt haben.¹ Der Krieg beendete das 19. Jahrhundert auf einen Schlag und ließ das 20. Jahrhundert Gestalt annehmen als Epoche der industriellen Massengesellschaft, der Gewalt und der ideologischen Kämpfe, die in sich selbst wieder kriegsähnliche Züge annehmen konnten.

Im Kern war der Weltkrieg ein Machtkampf zwischen dem von Deutschland dominierten Mitteleuropa, den „Mittelmächten“, und dem von Großbritannien dominierten angloatlantischen Imperium, der „Entente“. So zynisch es klingt angesichts der Millionen und Abermillionen von Toten an der Westfront und der Ostfront, so nachdrücklich ist zu betonen: Frankreich und Polen bildeten im Ersten Weltkrieg das Schlachtfeld, „nur“ das Schlachtfeld. Der Machtkampf hingegen bezog sich auf Ordnungsvorstellungen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat, die unvereinbar waren. Er wurde mit aller Härte und Unnachsichtigkeit auf Seiten der Briten mittels einer Seeblockade gegen Rohstoffe für Industrie, Militär und Ernährung geführt, die den Mittelmächten Deutschland und Österreich den Nachschub abschnürten sollten. Je mehr die Wirkungen der Blockade fühlbar wurden (und das begann schon im Jahr 1915), desto brutaler wurde die deutsche Kriegführung sowohl in Belgien und Ostfrankreich als auch in Polen und Russland, weil die Deutschen alles daran setzten, diese Länder materiell auszupressen.

Das Entscheidende im Machtkampf zwischen Deutschland und Großbritannien war der Krieg in den Köpfen. Hier standen sich die Deutschen und deutschsprachigen Österreicher auf der einen Seite und die Briten und Amerikaner auf der anderen

¹ G.F. Kennan, *Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875–1890*, Frankfurt a. M. 1981, S. 12. Im Original: “the great seminal catastrophe of this century”.

Seite gegenüber. Die für das 20. Jahrhundert charakteristische ideologische Verkopplung zwischen England und Amerika setzte im Ersten Weltkrieg ein. Diese beiden Staaten und Gesellschaften führten den Krieg, je länger je mehr, *für* ein bestimmtes Modell von Freiheit: persönliche Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums; Wirtschaftsfreiheit als Kernbestandteil der Selbstbestimmung; schließlich das Recht auf Privateigentum: *life, liberty, property* heißt die klassische Trias gemäß dem englischen Aufklärer John Locke.²

Die Mittelmächte mit Deutschland an der Spitze hatten ein anderes Verständnis von Wirtschaftsfreiheit und von der Bedeutung der individuellen Selbstbestimmung. In Deutschland war die Wirtschaft zwar privatwirtschaftlich-kapitalistisch geformt, aber statt der Konkurrenz zwischen Industrieunternehmen in der Marktwirtschaft des atlantischen Typs herrschte ein ausgeprägter Korporativismus vor, in dem der Staat eine wichtige, steuernde Rolle spielte. Industrieunternehmen und Agrarlobby, Interessenverbände mit einer prononciert antisemitischen und antisozialistischen Programmatik sowie die Bürokratie der einschlägigen Ministerien organisierten die Wirtschaft im Deutschen Reich: Korporativismus stand gegen Marktwirtschaft. Die individuelle Selbstbestimmung spielte weder in der korporativen Wirtschaft noch in der Gesellschaft die gestaltende Rolle, die ihr in England und vor allem in Amerika zukam. Zwar entfalteten sich sowohl in den USA als auch in England seit 1880 starke Strömungen in den *middle classes*, die darauf abzielten, die auf das Eigeninteresse des Unternehmers ausgerichtete Wirtschaftsform des Laisser-faire-Kapitalismus zu überwinden und eine Soziale Demokratie mit der Marktwirtschaft zu verbinden. In Deutschland dagegen standen sowohl die Marktwirtschaft als auch die Demokratie im Hintergrund, und immer mehr kam dem korporativen Element der Vorrang zu vor dem individuellen. „Volksgemeinschaft“ wurde wichtiger als persönliche Selbstbestimmung, und die Volksgemeinschaft sollte von einem „Führer“ gelenkt werden, nicht von einer parlamentarisch gebundenen Regierung. Der Ruf nach einem „Führer“ anstelle des Kaisers setzte 1915 ein, weil der Kaiser als Feldherr versagte.³

Nach dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg, April 1917, wurde der Kampf für die „Demokratie“ zum Kriegsziel der Ententemächte gemacht. Diese „Demokratie“ entsprach der angloatlantischen Vorstellung von der Ordnung in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat: Parlamentarismus, Selbstbestimmung, freier Markt. Die Grundannahme war, dass nur dann Frieden einkehren könne, wenn alle Länder sowohl politisch als auch wirtschaftlich frei handeln konnten. Dazu mussten sie demokratisch verfasst sein. Den Krieg nämlich – so sah es Woodrow Wilson – hatten die

² J. von Ungern-Sternburg, W. von Ungern-Sternburg, *Der Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘. Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1986; Th. Veblen, *Imperial Germany and the Industrial Revolution (1915)*, New Brunswick–London 1990; K. Flasch, *Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg*, Berlin 2000; P. Hoeres, *Der Krieg der Philosophen. Die deutsche und die britische Philosophie im Ersten Weltkrieg*, Paderborn u.a. 2004.

³ D.T. Rodgers, *Atlantiküberquerungen. Die Politik der Sozialreform 1870–1945*, Stuttgart 2010, S. 45–131; B. Sösemann, *Der Verfall des Kaisergedankens im Ersten Weltkrieg* [in:] J.C.G. Röhl (Hrsg.), *Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte*, München 1991, S. 144–170.

europäischen Monarchen durch ihre autokratische Herrschaft verschuldet. Diesem Verständnis entsprechend wurden 1918/1919 die besiegten Länder Deutschland und Österreich sowie alle neugeschaffenen Nationalstaaten aus der Zerfallsmasse der Donaumonarchie, des Zarenreichs und des Hohenzollernreichs organisiert. Auch Polen gehörte dazu. In Deutschland wurde 1919 eine innere und eine äußere Verfassung geschaffen, die den liberalen Grundsätzen der siegreichen Westmächte entsprach: die Weimarer Reichsverfassung und der Versailler Vertrag. In der Weimarer Republik gab es also eine liberale Chance, aber sie konnte nicht genutzt werden.⁴

Das war nicht nur in Deutschland so. Der Appell des amerikanischen Präsidenten „the world must be made safe for democracy“ erwies sich als wirkungslos. Überall in Europa gingen die nach 1918/1919 gegründeten demokratischen (und insofern liberalen) Staaten zu autoritären oder diktatorischen Herrschaftsformen über. Zwar gab es in Europa nach dem Ersten Weltkrieg kurzfristig eine Option auf liberale Neuordnung, weil die Monarchien in Berlin und Wien zusammengebrochen waren. Aber es gab in Mitteleuropa keine Erfahrung mit der Errichtung und politisch-rechtlichen Verwaltung einer demokratischen Gesellschaft. Überdies waren weder die gesellschaftlichen noch die wirtschaftlichen oder politischen Bedingungen so, dass die Versuche zu einer Neuordnung auch erfolgreich verliefen.⁵

Der nächste Machtkampf um eine dezidiert nicht-liberale oder aber eine liberale Ordnung Europas wurde vom Faschismus und Nationalsozialismus angeführt. Das begann schon 1922 in Italien und setzte sich 1933 in Deutschland fort. Der Zweite Weltkrieg wurde von den Deutschen als Vernichtungskrieg in jede Richtung geführt: Zerstörung des westlichen Finanzmarktkapitalismus und des östlichen Bolschewismus, beides verkörpert im Judentum: „Finanzjudentum“ und „jüdischer Bolschewismus“ wurden im nationalsozialistischen Rassenantisemitismus fast zu Synonymen. Das Dritte Reich führte am Ende Krieg gegen die ganze Welt, und der Antisemitismus bildete die Legitimationsgrundlage für diesen Krieg. Im Kern war es wiederum ein Kampf um die Ordnung von Gesellschaft: Ordnung in einem rassistisch-volksgemeinschaftlichen Sinn oder im liberalen, demokratischen Sinn der individuellen Freiheit.⁶

Diesmal zogen die angloatlantischen Kriegsgegner des faschistischen Deutschland die Konsequenz aus ihren Fehlern von 1918. Nachdem die Rote Armee in Stalingrad die deutschen Truppen am Jahresanfang 1943 besiegt hatte, schrieben Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Casablanca ihre gegenseitige Verpflichtung fest. Die Deutschen, hieß es fortan, müssten zur bedingungslosen Kapitulation, zu *unconditional surrender*, gezwungen werden. Später, auf der Konferenz von Teheran in Anwesenheit von Stalin (November/Dezember 1943), folgte die Vereinbarung, dass kein Staat der Anti-Hitler-Koalition einen Sonderfrieden mit Deutschland eingehen werde. Die Alliierten kämpften Deutschland bis zum völligen Zusammenbruch nieder. Danach sollte Europa gemäß den Ordnungsvorstellungen der Amerikaner und

⁴ Th. K n o c k, *To End All Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order*, Princeton 1992.

⁵ M. M a z o w e r, *Dark Continent. Europe's Twentieth Century*, London 1998.

⁶ D e r s., *Hitler's Empire. Nazi Rule in Occupied Europe*, London 2008.

Briten in homogener Form neu aufgebaut werden. Manche meinten, dass es jetzt eine „liberale Chance“ für alle Länder in Europa geben werde. Doch letztlich war das nur in Westeuropa der Fall.

Der Kalte Krieg war der dritte Machtkampf für oder gegen eine liberale Ordnung. Es war ein neuartiger Krieg, weil er unter dem Tabu der Atomwaffe stand und neue Formen des Konfliktaustrags nötig machte. Beide Seiten, die USA und die Sowjetunion, versuchten sich in Europa ein Vorfeld zu schaffen, auf dem sie Wirtschaft, Gesellschaft und staatlich-politische Ordnung nach dem eigenen Modell gestalteten und das zugleich auch als militärisches Aufmarschgelände dienen konnte, falls es doch wieder zu einem konventionellen Krieg kommen würde. Deutschland ging zur einen Hälfte an den Westen, zur anderen an den Osten. Polen, mit anderen Grenzen als nach dem Ersten Weltkrieg, wurde zu einem Bestandteil des Ostens.⁷

Dieser dritte Machtkampf dauerte 40 Jahre. Da sich beide Seiten von Anfang an auch propagandistisch bekämpften, kam es neben der politisch-militärischen Abschottung doch auch zu einer gewissen ideologischen Durchdringung. Der Osten machte seit 1948 bis 1989 Propaganda mit dem Begriff „Frieden“, und der Westen machte seit 1949/1950 bis 1989 die Gegenpropaganda mit dem Begriff „Freiheit“. Der „Frieden“ wurde gegen die „Freiheit“ gestellt, und mit diesen Kernelementen humanen Denkens führte „der Westen“ mit „dem Osten“ einen ideologischen Krieg von vier Jahrzehnten. Die westliche Freiheits-Propaganda drang ziemlich tief in die Gesellschaften des Ostblocks ein und vermischte sich dort mit dem demokratischen Bestreben nach politischer Selbstbestimmung. Aus meiner Sicht wurde hierin Polen zum Vorreiter für die Forderung nach Liberalisierung im Ostblock, denn der Kampf der polnischen Opposition galt dem Anspruch auf Freiheit und Gleichberechtigung der Bürger. Die östliche Friedens-Propaganda drang *vice versa* im Lauf von vier Jahrzehnten in die Gesellschaften des westlichen Blocks ein und vermischte sich hier mit dem Streben nach Abrüstung, Abschaffung von Atomwaffen, Kampf gegen die Atomenergie und die nukleare Nachrüstung. Es war kein Zufall, dass die Anti-Atom- und Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren zwischen 1980 und 1983 ihren Höhepunkt erreichte und zugleich eine Entsprechung in der Friedensbewegung der DDR fand.⁸

Als 1989/1990 die DDR und dann die Sowjetunion mit dem gesamten Bündnis-system des Warschauer Pakts zusammenbrachen, hatte der angloatlantische Westen zum dritten Mal im Verlauf des 20. Jahrhunderts über einen Gegner des westlich-liberalen Ordnungsmodells gesiegt. Aber jeder Sieg hat seinen Preis. Die Verwirklichung der liberalen Chance im Europa des späten 20. Jahrhunderts ging mit vielen ökonomischen, kulturellen und emotionalen Belastungen einher.

⁷ M.P. Leffler, O.A. Westad (Hrsg.), *The Cambridge History of the Cold War*, 3 Bde., Cambridge 2010.

⁸ A. Doering-Manteuffel, *Im Kampf um 'Frieden' und 'Freiheit'. Über den Zusammenhang von Ideologie und Sozialkultur im Ost-West-Konflikt* [in:] H.G. Hockerts (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 29–47.

II.

Wenden wir uns jetzt dem Problem der „Zeitbögen“ zu – den kulturellen und ideengeschichtlichen Epochen, in die sich das 20. Jahrhundert mit Blick auf die deutsche Geschichte unterteilen lässt.

a) Der *erste Zeitbogen* spannt sich von der Jahrhundertwende 1890/1900 bis in die 1930er/1940er Jahre. In ihm kommt dem Ersten Weltkrieg besondere Bedeutung zu. In Mitteleuropa, insbesondere in den Industrieregionen des Deutschen Reichs, erreichte die Industrialisierung um 1900 ihren Höhepunkt. Es setzte ein starker Wirtschaftsaufschwung ein, der in ganz Europa enormen Reichtum erzeugte. Diesen Reichtum und den damit verbundenen Fortschrittsoptimismus sowie das Vertrauen in die Zukunft kann man bis heute in der Stadtarchitektur von London bis nach Wien und Ostmitteleuropa betrachten. Die wirtschaftliche Entwicklung schien so stabil zu sein, dass sogar die Industriearbeiter im Bergbau des Ruhrgebiets und auch in anderen Branchen einiges Geld in Sparbüchern anlegten. Die Bereitschaft zum Sparen zeigt auch, dass um 1900 in der Arbeiterschaft trotz des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie viel Vertrauen in die Stabilität und Verlässlichkeit des monarchischen Herrschaftssystems im Deutschen Reich vorhanden war.

Optimismus und Zukunftsgewissheit waren charakteristische Ausdrucksformen der liberalen Weltansicht des 19. Jahrhunderts. Dieser bürgerliche Liberalismus beziehungsweise der Liberalismus der *middle classes* war von der Auffassung durchdrungen, dass jede freiheitliche Entwicklung in der Gesellschaft „Fortschritt“ bedeutete und dass sich der Fortschritt kontinuierlich zum Nutzen der Menschen vollziehe: Fortschritt galt als stete Bewegung mit humanem Maß.

Doch zur selben Zeit waren die europäischen Gesellschaften, zumal die deutsche, um 1900 von starker Unruhe und kulturellem Pessimismus geprägt. Das Tempo der Industrialisierung hatte ein solches Ausmaß angenommen, dass sich die Menschen in den Städten und Industrievierteln vom permanenten Wandel, vom Anschwellen des Verkehrs, der Entstehung immer neuer Massenquartiere für die zuwandernde Arbeitsbevölkerung bedroht oder bedrückt fühlten. Aus den ländlichen Regionen, insbesondere aus der preußischen Provinz Posen, wanderten diejenigen jungen Menschen, die in der Landwirtschaft kein Auskommen fanden, in die Städte. Aus innerdeutschen Armutsregionen, aus der Rhön, dem Spessart, der Eifel, wanderten viele Männer in die industriellen Zentren und ließen die Frauen zu Hause. Familien wurden zerrissen. Ein Gefühl des Elends machte sich breit. Heimatverlust kam hinzu: Um 1910 lebten etwa 50 Prozent der Bevölkerung des Deutschen Reichs nicht mehr an ihrem Geburtsort. Und die Veränderung infolge von Industrialisierung, Verstädterung, Migration verlief in so hohem Tempo, dass selbst diejenigen Personen, die in der Stadt oder Region ihrer Geburt wohnen blieben, schon nach 20 oder 25 Jahren die Stätten ihrer Kindheit nicht mehr finden konnten.⁹

⁹ Ph. Bloom, *The Vertigo Years. Change and Culture in the West 1900–1914*, London 2008.

Dieses Tempo des Wandels erzeugte Unsicherheit. Es brachte kulturkritische Reaktionen hervor wie die Lebensreformbewegung oder die Jugendbewegung, die sich dem Zeittrend widersetzen. Immer mehr Menschen, vor allem die jungen Leute aus den bürgerlichen Schichten, versuchten, aus dem rasenden „Zug der Zeit“ auszusteigen. Es entstand eine kulturelle Bewegung, die die liberale Fixierung auf den Fortschritt negierte und nach Dauerhaftigkeit, Verbindlichkeit, nach Halt im religiösen Glauben oder in okkulten Weltbildern suchte. Als bald kam die Rede von „ewiger Ordnung“ auf oder von „germanischer Ordnung im ewigen Morgen“. Diese Ideen, die sich gegen die Vorstellungen von permanentem Verlauf und vom permanenten Fortschritt in der Geschichte richteten, sollten zudem, wie es der Privatgelehrte Oswald Spengler formulierte, gegen das „innere England“ stehen.¹⁰

Parallel zu diesem wachsenden Kulturpessimismus vor 1914 herrschte aber die Atmosphäre einer gesellschaftlichen Saturiertheit vor, die mit dem Wirtschaftsaufschwung seit 1890 zusammenhing. Saturiertheit und das Gefühl eines gewissen Überdrusses angesichts der vorherrschenden Bürgerkultur der *belle époque*, im Zusammenwirken mit der kulturpessimistischen Haltung, aus dem rasenden „Zug der Zeit“ aussteigen zu wollen, kennzeichnete die europäischen Gesellschaften bei Kriegsbeginn 1914. Vier Jahre später hatte das unerwartete Erlebnis eines grauenhaften Maschinen- und Industriekriegs mit Millionen Toten, mit Hunger und Entbehrung, den Glauben an einen gedeihlichen Fortschritt, an den Fortschritt mit humanem Maß, weitgehend zerstört. Die liberalen Ordnungsvorstellungen aus der Zeit um 1900 besaßen keine Geltung mehr. Deshalb vollzog sich nach 1920 – wie Eric Hobsbawm das genannt hat – europaweit der „Untergang des Liberalismus“.¹¹

Damit ist ausgesagt, dass zwar bei Kriegsende, in den Friedensverhandlungen von 1919, noch die Vision des amerikanischen Präsidenten Wilson eine gestaltende Rolle spielte, wonach alle Staaten der Welt die Demokratie brauchten, damit Sicherheit vor Krieg herrschen konnte. Aber das liberale Experiment einer demokratischen Nachkriegsordnung für Europa führte nicht zum Erfolg. Es wurde ein katastrophaler Fehlschlag.

Nach 1920 formierte sich in Deutschland exakt in diesem antiliberalen und antidemokratischen Trend eine intellektuelle Avantgarde, die sich des Denkens der Jahrhundertwende bediente und zu einer kulturellen Revolution weiterentwickelte. Hier wurde eine neue Ordnung für Gesellschaft und Staat erdacht, in der die Kategorien der liberalen Epoche sämtlich nicht mehr galten. Die Freiheit des Einzelnen wurde in der Volksgemeinschaft aufgehoben. Die parlamentarische Demokratie wurde uminterpretiert in die Forderung nach einer Führerdemokratie. Der liberale Glauben an Fortschritt und den kontinuierlichen Verlauf der Geschichte, an den Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – der 1920 mit dem Begriff des „Historismus“ belegt wurde – wurde jetzt in einer kulturellen Revolution widerrufen. Die Kulturrevolution des Antihistorismus bewirkte eine völlige Verschiebung der Wer-

¹⁰ O. Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, München 1922, S. 97; A.M. van den Bruck, *Das dritte Reich*, 3rd ed., Hamburg 1931, S. 79–154, zu den Stichworten „liberal“ und „demokratisch“.

¹¹ E. Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München–Wien 1995, S. 143–183.

teperspektiven. Was zählte, war nicht mehr das Bewusstsein, dass alles und jedes geschichtlich geworden und geschichtlich vermittelt ist. Geschichte, das Werden und Gestalten der Zukunft, sowie der stete Fortschritt sollten keine Bedeutung mehr haben. Was jetzt zählte, war der Glaube daran, dass es möglich sei, eine neue Ordnung zu gestalten, eine „germanische Ordnung“, eine Ordnung gegen das „innere England“, die, wenn sie einmal geschaffen war, „ewig“ gelten würde. Hier fassen wir, um 1925 herum, nicht nur die Idee von einem „Dritten Reich“ als Verkörperung der „ewigen Ordnung“, sondern auch die Idee des „Tausendjährigen Reichs“, von dem dann die Nationalsozialisten sprachen.¹²

Das ist zu betonen: Die Nationalsozialisten waren nicht die Erfinder oder gar Vorkämpfer des Angriffs gegen die liberalen Ideen von Demokratie und persönlicher Freiheit. Der Nationalsozialismus schwamm vielmehr auf dieser antiliberalen Strömung mit. Hitler übernahm die vorhandenen Denkwelten, baute sie in simple Weltbilder ein und brachte sie dann mit seiner aggressiven Rhetorik unters Volk.

Das, was der Nationalsozialismus der antihistorischen Feindschaft zum Liberalismus hinzufügte, war der Rassismus – die Einteilung der Menschen in die „arische Herrenrasse“ und die „untergeordneten Rassen“ von den Slawen bis zum Judentum. Rassebiologisch gedacht, sollte das Judentum aus dem „Volkkörper“ der germanisch-arischen „Volksgemeinschaft“ vollständig entfernt werden.

Der nationalsozialistische Krieg ab 1939 war zum einen ein militärischer und ökonomischer Machtkampf, damit Deutschland den angloatlantischen Mächten überlegen werden konnte. Zum andern war es ein Krieg, der sein Aggressions- und Vernichtungspotential aus dieser antiliberalen Ideologie bezog. An die Stelle der liberalen, in das historische Geschehen eingebundenen, freiheitlichen Ordnung sollte die Utopie einer dauerhaften, „ewigen“ Ordnung der rassisch homogenen Volksgemeinschaft treten. Die rassische Homogenität würde die germanisch-arische Volksgemeinschaft „auf ewig“ allen anderen Rassen beziehungsweise Völkern überlegen machen. Diese Utopie ist von den Mächten der Anti-Hitler-Koalition beseitigt worden. Im Krieg jedoch hatte sie ihren utopischen Charakter längst gezeigt, weil der rassistische Neuordnungsfanatismus nichts anderes bewirkte, als in den Völkermord zu führen.¹³

Das ist der Zeitbogen der antiliberalen Ideologie vom Beginn des 20. Jahrhunderts, die an die Stelle der Idee von Fortschritt und Geschichte die andere Idee setzte, dass es darum gehe, eine neue Ordnung zu schaffen, die gewissermaßen „übergeschichtlich“ oder „ewig“ sei.

b) Der *zweite Zeitbogen* des 20. Jahrhunderts umfasst die Jahrzehnte von 1930 bis 1970/1975 und bietet einen ganz anderen Blick auf die problematische Geschichte des Umgangs mit der „liberalen Chance“.

1930 setzte die Weltwirtschaftskrise ein und erbrachte von den USA bis nach Ostmitteleuropa den Nachweis, dass die kapitalistische Wirtschaft und die liberale

¹² M. van den Bruck, *Das dritte Reich* (wie Anm. 9); A. Doering-Manteuffel, *Mensch, Maschine, Zeit. Fortschrittsbewusstsein und Kulturkritik im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts* [in:] *Jahrbuch des Historischen Kollegs* (München) 2003, 2004, S. 91–119.

¹³ Vgl. J. Baberowski, A. Doering-Manteuffel, *Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium*, 2nd ed., Bonn 2007.

Organisation der internationalen Finanzmärkte gescheitert waren. Nach dem Zerplatzen des Glaubens an Fortschritt und den steten Wandel zum Besseren erwies sich ein weiteres Kernelement des Liberalismus, die freie Wirtschaft, als untauglich. Zugleich drohte die Massenarbeitslosigkeit in allen Ländern, die von der Krise erfasst waren, die politische Ordnung vollständig aus den Angeln zu heben. In dieser Situation beobachten wir, wie sich zwischen dem faschistischen Italien, dem nationalsozialistischen Deutschland und den demokratischen USA ab 1933 eine „entfernte Verwandtschaft“ herausbildete. In allen drei Ländern galten die Bemühungen dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung, um das soziale Elend der arbeitslosen Massen überwinden zu können. In allen drei Ländern wurde den Bedürfnissen der Gesellschaft der Vorrang eingeräumt vor den Interessen des Einzelnen: die Gesellschaft erhielt Vorrang vor dem Individuum.¹⁴

In den USA gelang es auf diese Weise, die Grundlagen für eine Soziale Demokratie zu legen, die später auch nach Europa transferiert wurde. Die amerikanischen Experten kämpften darum, einen sozialen Konsens zu erzielen, der das politische System der USA, also die liberale demokratische Ordnung des Staates auf der Grundlage der Marktwirtschaft, stabilisierte. Das war der sogenannte „liberale Konsens“, der dadurch zustande kam, dass die Weltvormacht liberaler Ordnungsformen jetzt eine bestimmte Kategorie des Liberalismus in den Hintergrund rückte: die Kategorie des Individuums beziehungsweise des Eigeninteresses der Einzelperson. Was hier zum Durchbruch kam, war der später in Europa so genannte „Soziale Liberalismus“, der in den USA als *consensus liberalism* und *consensus capitalism* bezeichnet wird.¹⁵

In Italien und Deutschland hatte die „Volksgemeinschaft“ ideologisch ohnehin Vorrang vor dem Individuum. „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ lautete eine der antiindividualistischen, antiliberalen Parolen der Hitlerjugend. Das Entscheidende aber ist nicht die weitere Entwicklung im faschistischen Italien oder nationalsozialistischen Deutschland, sondern die Tatsache, dass die Anfänge des zweiten Zeitbogens *sowohl* in Europa *als auch* in den USA lagen. Die Ordnungsidee des Sozialliberalismus wurde während des Zweiten Weltkriegs in den USA systematisiert und fand dort Eingang in die Pläne zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuordnung Europas, denn Emigranten aus Europa und amerikanische Wissenschaftlern arbeiteten sie seit 1942 gemeinsam aus.

Nach dem Sieg über Hitlerdeutschland war dann der Marshall-Plan von 1947 das Instrument, um die Idee des Sozialen Liberalismus in Westeuropa zur Geltung zu bringen. Einer der Gründe, warum die Sowjetunion die Teilnahme an der Marshallplan-Hilfe verweigerte und den osteuropäischen Ländern untersagte, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen, lag darin, dass hier Sozialismus und Liberalismus – soziale Gerechtigkeit, Marktwirtschaft und Demokratie – miteinander verkoppelt waren.¹⁶

¹⁴ W. Schivelbusch, *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933–1939*, München 2005.

¹⁵ H. Brick, *Transcending Capitalism. Visions of a New Society in Modern American Thought*, Ithaca–London 2006.

¹⁶ M.J. Hogan, *The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1952*, Cambridge 1987; Ch. Maier, G. Bischof (Hrsg.), *The Marshall Plan and Germany. West*

Anders gesagt: Der Sozialliberalismus (*consensus liberalism*) erwies sich in Westeuropa als eine enorm wirkungsvolle Waffe, um kommunistischen Einfluss aus dem Sowjetblock auf die westeuropäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften abzuwehren. Das hat funktioniert: In der Bundesrepublik Deutschland bekehrte sich die Sozialdemokratische Partei (SPD) 1959 zum Konzept des liberalen Konsenses.¹⁷ Die 1960er und frühen 1970er Jahre wurden in ganz Westeuropa zur Hohen Zeit sozial-liberaler Ordnungspolitik. Die Sozialdemokraten dominierten von etwa 1965 bis etwa 1980 in verschiedenen Koalitionsregierungen. Der mit dem Sozialliberalismus verkoppelte Internationalismus führte dazu, dass die Kategorie des „Konsenses“ auch in der internationalen Politik zur Geltung gebracht wurde. Daher entstand aus dem Bemühen um strategische Abrüstung seit der Kuba-Krise (1962) allmählich die Entspannungspolitik, in der es nicht nur um Abrüstung, sondern auch um Interessenausgleich zwischen den ideologischen Lagern ging.

Das Kennzeichen des zweiten Zeitbogens bestand insofern darin, dass – beginnend in den USA – eine Erneuerung des Liberalismus als sozialem Ordnungsmodell dadurch möglich wurde, dass die Zentralkategorie liberalen Denkens aus dem 19. Jahrhundert – Individuum – hintan gestellt wurde. Ab 1955/1960 wuchsen der atlantische und der europäische Strang zusammen. Das ist der Grund, warum man das Jahr 1945 in Europa nicht allein als Zäsur auffassen darf. Das Kriegsende war gewiss eine tiefe Zäsur. Bevölkerungs- und Grenzverschiebungen dokumentieren das in aller Deutlichkeit. Aber diese Zäsur wurde zugleich überwölbt von dem Zeitbogen eines sozialen Ordnungsmodells, das *vor* 1945 in den USA entstand und *nach* 1945 in Westeuropa die gesellschaftliche und kulturelle Neuorientierung bestimmte. Der zweite Zeitbogen wirkte wie eine Brücke, über die die „liberale Chance“ nach Europa zurücktransportiert wurde, nachdem der Liberalismus in den USA eine tiefgreifende Umformatierung von einer primär individualistischen zu einer primär sozialen Ideologie durchlaufen hatte.

c) Der *dritte Zeitbogen* reicht von 1975/1980 bis an unsere Gegenwart heran. Es ist die Geschichte der politisch-ideologischen Abkehr vom Modell des „Konsenses“ und der entschiedenen Hinwendung zum Primat des individuellen Interesses. Seither wurde dem Individuum, dem Interesse des Einzelnen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, der Vorrang vor der Gemeinschaft eingeräumt. Der soziale Konsens und der Sozialliberalismus wurden als „sozialistisch“ denunziert. Diesem „Sozialismus“ in den westlichen Gesellschaften wurde nun das Postulat der umfassenden „Freiheit“ entgegengehalten. Sehr bekannt geworden ist die Äußerung der britisch Premierministerin Margaret Thatcher vom Oktober 1987, als sie betonte, dass es „so etwas wie Gesellschaft gar nicht gebe“: „There is no such thing as society.“¹⁸

German Development within the Framework of the European Recovery Program, New York–Oxford 1991.

¹⁷ A. Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

¹⁸ Interview für das Magazin „Woman's Own“, 23.9.1987. Publiziert unter dem Titel „Aids, education and the year 2000“, 31.10.1987, S. 8–10.

Die Propagandisten dieses Geschehens waren die britische Regierung unter Margaret Thatcher seit 1979 und die US-amerikanische Regierung unter Ronald Reagan seit 1980. Aber Ideologie und Propaganda ist das eine, politische Praxis das andere. Bis 1990 wurde noch relativ wenig von den „sozialistischen“ Strukturen in den westeuropäischen Gesellschaften abgeschafft, am stärksten immerhin in Großbritannien. Aber die sogenannten Privatisierungen, das heißt die Übertragung öffentlichen Eigentums in die Verfügungsgewalt privater Akteure auf dem Kapitalmarkt – dies setzte doch schon bald nach 1980 ein.

Wichtig für die Entwicklung seit 1990 scheint mir folgendes zu sein. Der politische Freiheitsgedanke – und nicht das wirtschaftsideologische, kapitalistische Konzept des Eigeninteresses – gewann seit den 1970er Jahren in einzelnen Ländern des sowjetischen Blocks an Boden. Polen ist hier ein besonders wichtiges Beispiel. Bevor ich abschließend darauf eingehe, möchte ich noch einige Aspekte des dritten Zeitbogens im Überblick beschreiben.

Die Jahrzehnte von 1975/1980 bis 2010 waren gekennzeichnet von einer tiefgreifenden Veränderung in den Strukturen der europäischen Industriegesellschaften.¹⁹ Seit der Ölpreiskrise von 1973/1974 verteuerten sich Energie und die Produktionskosten derart stark, dass in Westeuropa die Werftindustrie und der Schiffsbau, bald darauf auch die Textilindustrie kollabierten. Die Produktion wanderte nach Asien: Korea und Taiwan. In den 1980er Jahren begann in Europa die Schließung der Steinkohle-Gruben – das bekannteste Beispiel ist der *Miners' Strike* in Großbritannien, der 1984/1985 fast zum Bürgerkrieg führte. In der Bundesrepublik Deutschland vollzog sich 1987/1988 Vergleichbares, als der Krupp-Konzern in Duisburg am Rhein ein Hüttenwerk schließen wollte, das dort seit 1907 – seit dem Wirtschaftsaufschwung vor dem Ersten Weltkrieg – stand. In Ostfrankreich und Belgien geriet die Schwerindustrie ebenfalls während der 1980er Jahre in eine tiefe Krise. Um 1990 war in Westeuropa die Kohle- und Stahlproduktion massiv geschrumpft.

An deren Stelle traten die neuen Technologien und die damit verbundenen neuen industriellen Produktionsformen. Der Mikrochip und die Digitalisierung begannen die Industrieproduktion, die Arbeitswelt und bald auch den Alltag der Menschen zu bestimmen. Digitale Kommunikation und das neue kulturelle Phänomen des „digitalen Menschen“ breiteten sich aus. Die Digitalisierung veränderte den Lebensstil der Menschen und ihre Lebensformen. Sie erzeugte eine Form der Beschleunigung im Bereich von Kommunikation und Information. Der digitale Mensch wird von der elektronischen Kommunikation vollständig beherrscht, er ist jederzeit erreichbar, immer *online*, immer aktiv. Ruhe und Kontemplation in der Alltagswelt traten in den Hintergrund. Die digitale Kommunikation wurde besonders wichtig im internationalen Finanzmarkt, der seit 1986 zunehmend als weltumspannendes System funktionierte.

Das alles verstärkte sich nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1990/1991. Seither konnte die veränderte Industrie- und Kommunikationsstruktur des digitalen

¹⁹ Die folgende Argumentation ist näher ausgeführt bei A. Doering-Manteuffel, L. Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 3rd ed., Göttingen 2012.

Finanzmarktkapitalismus das Geschehen in Wirtschaft und Gesellschaft aller Länder beherrschen. Für die Staaten des vormaligen Sowjetblocks bedeutete dies, dass sie fast über Nacht von einer veralteten und nicht länger funktionsfähigen Wirtschaftsstruktur, die aus den 1930er bis 1950er Jahren stammte, jetzt in die digitale Welt an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert hineingestoßen wurden. Die Anpassungsschwierigkeiten waren zweifach, sie waren doppelt groß. Denn zum einen mussten sich die sozialistischen Volkswirtschaften an die kapitalistische Marktwirtschaft anpassen, was für sich genommen schon eine schwer zu bewältigende Herausforderung darstellte. Zum andern aber befanden sich die westlichen Marktwirtschaften selbst in einer tiefgreifenden Phase des Strukturwandels, der sich in den Jahrzehnten von 1985/1990 bis 2005/2010 vollzog.

Seit etwa 1970 haben die Regierungen und Volkswirtschaften in der Sowjetunion, in der ČSSR, in Polen und der DDR die Veränderungen und die Modernisierung im internationalen Industriesystem nicht mehr mitvollzogen. Da aber die wichtigen Länder auf der Nordhalbkugel der Erde sämtlich Industriestaaten sind, sind auch die Strukturen ähnlich – ganz gleich, ob das Wirtschaftssystem sozialistisch oder kapitalistisch ist. Seit den 1970er Jahren wurde die Schwerindustrie in den sozialistischen Ländern nicht mehr angemessen modernisiert. In den 1980er Jahren unterblieb die Anpassung an die Computertechnologien. Der Übergang in der Industriestruktur zur digitalen Produktion wurde nicht mitvollzogen. Als 1989/1990 die sozialistischen Länder zusammenbrachen, geschah das, weil sie seit etwa 20 Jahren den Anschluss an die industriegesellschaftliche Modernisierung verloren hatten. Das waren die materiellen Voraussetzungen für den Kollaps des sowjetischen Blocks. Die ideellen Voraussetzungen verstärkten den Niedergang, denn seit den 1970er Jahren breiteten sich in fast allen Ländern des östlichen Blocks die Forderung nach Mitbestimmung, nach mehr Freiheit und selbstbestimmtem Leben aus.²⁰

Die Geschichte Polens repräsentiert diese Entwicklung unter allen Ländern des östlichen Blocks am deutlichsten und am geschlossensten. Deshalb dazu abschließend einige wenige Bemerkungen. Da ich kein Historiker Polens oder der ostmitteleuropäischen Geschichte bin, kann ich das nur sehr kursorisch aus meiner westdeutschen Sicht tun.²¹

Der dritte Zeitbogen in der Geschichte des 20. Jahrhunderts begann etwa zu dem Zeitpunkt, als in Helsinki die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet wurde: 1. August 1975. Dieser Tag markiert einen der verschiedenen Anfänge vom Ende des Sowjetblocks. Die Sowjetunion stimmte in der Schlussakte der KSZE den Forderungen der westlichen Staaten – allen voran der Bundesrepublik Deutschland – zu und gewährte westlichen Journalisten in den sozialistischen Ländern Freizügigkeit. Seither konnte im Westen über die Protestbewegungen und die Publikationen einzelner Oppositioneller berichtet werden, ohne dass sich die Oppositionsbewegungen im Osten direkt dadurch bedroht fühlen

²⁰ W. Loth, *The Cold War and the Social and Economic History of the Twentieth Century* [in:] Leffler, Westad (Hrsg.), *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 2, S. 503–523, 569–570 (wie Anm. 6).

²¹ Die Argumentation folgt W. B o r o d z i e j, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München 2010.

mussten. Die westliche „Freiheit“ war 1975 zu einem objektiven Faktor in der Innenpolitik der östlichen Länder geworden. Leonid Breschnew hatte seine Zustimmung zum „Korb 3“ der KSZE, der diese Freiheitsregelungen enthielt, nur deshalb gegeben, weil im Gegenzug die westlichen Staaten finanzielle Unterstützung in Aussicht stellten. Von 1975 an erhöhten sich die Kredite westlicher Regierungen und Staatsbanken an östliche Länder enorm. In Polen war die Verschränkung von „Freiheit“ und dem Anstieg der Verschuldung deutlich zu spüren.²²

1978 wurde Kardinal Karol Wojtyła zum Papst gewählt. 1979 besuchte er als Papst Johannes Paul II. sein Heimatland Polen. Die Bedeutung seines Pontifikats für den Niedergang des sozialistischen Blocks ist sehr hoch zu veranschlagen, weil der Papst nicht nur der Bevölkerung in Polen ein neues, gestärktes Bewusstsein von sich selbst gab – ein Bewusstsein als *katholischer* Nation –, sondern weil die vatikanische Politik den Herrschaftsanspruch der kommunistischen Staatsparteien delegitimierete. Der *materielle* Niedergang im Bereich der Traditionsindustrien (Eisen und Stahl, Bergbau, Textil) erhielt hier seine *ideelle* Ergänzung durch das genuin polnische und zugleich weltumspannende Identifikationsangebot des römischen Katholizismus.

War es ein Zufall, dass sich ab 1980 der materielle und der ideelle Faktor verschränkten und in Gestalt der Gewerkschaft *Solidarność* die Machtverhältnisse in Polen umzugestalten begannen? Die Gewerkschaft der Danziger Werft repräsentierte die Belastungen in einem industriellen Produktionsbereich, dessen Konkurrenzfähigkeit international zurückging. Die Gewerkschaftsführung unter Lech Wałęsa repräsentierte den politischen und gesellschaftlichen *Freiheitswillen* aus dem Geist des *Sozialkatholizismus*.

Im Dezember 1981 wurde das Kriegsrecht verhängt. Von Westdeutschland aus, insbesondere von West-Berlin kam eine Solidaritätsbewegung zu Polen in Gang kam, an der auch ich mich, damals Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, beteiligt habe. Die Solidarität galt dem Freiheitsstreben der polnischen Bevölkerung in einer wirtschaftlich bedrohlichen Lage. Für die jüngere westdeutsche Generation war das eine aufwühlende Erfahrung, weil wir die europäische, ja „westliche“ Dimension der Freiheitsbewegung in Polen spürten. Daraus gewannen wir eine veränderte Sicht auf „Europa“, das eben nicht am Eisernen Vorhang endete, sondern den europäischen Teil des Ostblocks mit umfasste.

1989/1990 brach der Ostblock zusammen. Der Warschauer Pakt wurde aufgelöst. Die Sowjetunion zerfiel. 2004 wurde Polen zum Mitglied in der Europäischen Union. Die Entwicklung Polens von 1990 bis 2010 zeigt in aller Deutlichkeit die Aufbruchsstimmung in der Bevölkerung und zugleich den Zerfall der alten Strukturen – auch der alten Strukturen des gesellschaftlichen Zusammenhalts bis in die Familien hinein. Der westliche Kapitalismus breitete sich aus. Das konnte oftmals wie eine zerstörerische Krankheit wirken, weil nicht nur das bankrotte System des Staatssozialismus von der Marktwirtschaft abgelöst wurde, sondern weil der digitale Finanzmarktkapitalismus seit 1990/1995 auch den Westen tiefgreifend veränderte. Inzwischen ist die Dynamik des Finanzmarktkapitalismus durch die Krise von 2008 etwas schwächer

²² W. L o t h, *Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung*, München 1998.

geworden. Abgesehen von allen innenpolitischen – innerpolnischen – Spannungen in der Gesellschaft und abgesehen von allen politisch-historischen Belastungen zwischen Deutschland und Polen ist es heute, zwei Jahrzehnte später, doch so, dass die liberale Ordnungsidee von einer Gesellschaft in *Freiheit* und *Selbstbestimmung* in beiden Ländern vorherrschend geworden ist.

Europas liberale Chance in der Geschichte des 20. Jahrhunderts war mit dem Machtkampf zwischen nicht-liberalen oder anti-liberalen Ordnungskonzepten und den angloatlantischen Vormächten des Marktliberalismus verbunden. Der atlantische Westen hat diesen Machtkampf nach drei historischen Siegen – 1918, 1945, 1989 – für sich entschieden. Jetzt ist es an den Europäern, die aus Gesellschaften des vormals anti-liberalen Lagers stammen, die „liberale Chance“ im Sinne ihrer eigenen kulturellen Tradition und im Verständnis europäisch-integrativer *Selbstbestimmung* auszugestalten.

